

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. März 1961

198/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P r a d e r, L e i s s e r, C e r n y und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft,
betreffend die Errichtung einer Schnellbahnstation in der Siedlung "Dirnel-
wiese" im Bereich des Gemeindegebietes Langenzersdorf.

-.-.-.-.-

Wie der "Wiener Zeitung" vom 31.1.1961 zu entnehmen ist, hat Hofrat
Dr. Kepnik bei der Fahrplankonferenz unter anderem bekanntgegeben, dass im
Zusammenhang mit der Eröffnung der Wiener Schnellbahn von Floridsdorf aus
Teilstrecken nach Gänserndorf und Stockerau geführt werden.

Im Gemeindegebiet von Langenzersdorf, das unmittelbar an die Nord-
grenze Wiens anschliesst, befindet sich die Siedlung "Dirnelwiese", die
unmittelbar an der Strecke der künftigen Schnellbahn liegt. Die Gemeindever-
waltung von Langenzersdorf hat sich deshalb an die Direktion der Österrei-
chischen Bundesbahnen mit der Bitte gewendet, im Zuge des Ausbaues der Schnell-
bahn nach Stockerau bei der Siedlung "Dirnelwiese" beim Bahnkilometer 9.258
eine Haltestelle der künftigen Schnellbahn zu errichten. Die Einwohner der
Siedlung Dirnelwiese könnten ansonsten nur nach einem sehr weitem Anmarsch-
weg die Schnellbahn benützen, da sie nur die Möglichkeit hätten, im jetzigen
Bahnhof Langenzersdorf zuzusteigen. Die Siedlung "Dirnelwiese" stellt mit ih-
ren rund 500 Einwohnern einen in sich geschlossenen Siedlungsraum dar, welcher
vom verkehrstechnischen Standpunkt aus gesehen nicht günstig gelegen ist.
Die Strassenbahnlinie Nr. 132 ist sehr unbequem zu erreichen, und die Kraftwagen
der Österreichischen Bundesbahnen verkehren nur bis Wien 21., Am Spitz, sodass
die Benützer der Autobusse gezwungen sind, zur Fahrt in die anderen Wiener Be-
zirke ausserdem noch die Strassenbahn in Anspruch zu nehmen. Eine Schnellbahn-
haltestelle würde daher nicht nur für die arbeitende Bevölkerung, welche zu
90 % ihrer Beschäftigung in Wien nachgeht, eine fühlbare Erleichterung dar-
stellen, sondern auch laufend Fahrgäste der Schnellbahn zuführen.

Ausserdem stellt die Tatsache, dass die Kinder dieser Siedlung ihrer
Schulpflicht in Langenzersdorf nachkommen müssen, einen weiteren wichtigen
Punkt zur Begründung des vorliegenden Ersuchens dar. Es ist im allgemeinen
Interesse gelegen, die Kinder nicht dem gefahr-vollen Strassenverkehr auszu-
setzen und den Schülern Gelegenheit zu geben, mit der bequemen Bahn die Schule
erreichen zu können.

14. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. März 1961

Ferner wird mitgeteilt, dass die Grundflächen westwärts der Bahn gelegen, dem Stift Klosterneuburg gehörig, als Industriegebiet gewidmet sind und voraussichtlich bald der Verbauung zugeführt werden, wodurch ebenfalls mit einem starken Zustrom von Fahrgästen zu rechnen sein wird. Die Bautätigkeit in der Siedlung ist äusserst rege, und es sind dem Aufstreben dieser blühenden Siedlung auf weite Sicht keine Grenzen gesetzt.

Nicht zuletzt wird darauf hingewiesen, dass in dem unmittelbar an die Siedlung angrenzenden Gebiet geplant ist, ein grosses Freibad zu errichten.

Das Ansuchen der Marktgemeinde Langenzersdorf wurde mit dem Brief der Generaldirektion des Österreichischen Bundesbahnen vom 31.8.1960, Zl. 1786/1, abschlägig beschieden. Die Gründe, die in diesem abschlägigen Bescheid angeführt wurden, können nur zum Teil gewürdigt werden. Jedermann ist klar, dass wegen der Ausbreitung der Siedlungstätigkeit in diesem Gebiet die Notwendigkeit der Einschaltung einer eigenen Haltestelle gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Schnellbahn im Nahverkehr gegeben ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die geschilderte Sachlage nochmals überprüfen zu lassen und den Auftrag zu geben, eine den Bedürfnissen und dem dringenden Wunsch der Bevölkerung dieses Gebietes entsprechende Lösung zu finden?

-.--.-.-.-.-.-